

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 50

Bundestagswahlen 2002 - Kandidatenentwicklung und Personalwechsel

(Stand: 14.11.2001)

Sankt Augustin, November 2001

Ansprechpartner: Projektgruppe Parteienforschung
Dr. Stephan Eisel (Leitung und für CDU/CSU)
Dr. Michael Schmitz (für SPD)
Elvira Giebel-Felten (für FDP)
Dr. Ralf Thomas Baus (für Bündnis 90/Die Grünen)
Viola Neu (für PDS)

E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

I. Strukturelle Veränderungen bei der Bundestagswahl 2002

Mit der Bundestagswahl 2002 wird sich die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages so tiefgreifend verändern, wie dies in der über 50jährigen Parlamentsgeschichte sonst nur bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 geschehen ist.

Während 1994 und 1998 jeweils über zwei Drittel der Abgeordneten wiedergewählt wurden, werden 2002 unabhängig vom Wahlergebnis deutlich weniger Abgeordnete zurückkehren: 58 Mandate fallen wegen der Verkleinerung des Bundestages weg, etwa 30 Kandidaten sind vom Neuzuschnitt der Wahlkreise betroffen, rund 80 bisherige Listenplätze werden unsicher und über 80 bisherige Abgeordnete haben bereits erklärt, dass sie nicht erneut kandidieren.

Je nach Wahlergebnis könnten weniger als die Hälfte der bisherigen Parlamentarier in den Bundestag zurückkehren, denn schon eine Wählerwanderung von nur zehn Prozent zwischen allen Parteien – d. h. eine Schwankungsbreite von +/- zwei Prozent pro Partei – würde ca. 120 Abgeordnete (zur Hälfte Gewinner und Verlierer) betreffen. Der Bundestag erhält also ein neues Gesicht.

1) Durch die Verkleinerung des Deutschen Bundestages fallen 58 Sitze weg

1998 hat der Deutsche Bundestag einstimmig beschlossen, die Zahl der Abgeordneten ab der 15. Legislaturperiode, d. h. mit der Bundestagswahl im Herbst 2002 von 656 Sitzen¹ auf 598 Sitze zu reduzieren. Es scheiden also schon dadurch fast zehn Prozent der Abgeordneten aus.

Die Parteien werden mit den Veränderungen in unterschiedlicher Weise konfrontiert. Allen gemeinsam ist, dass sie deutlich an absoluten Stimmen gewinnen müssen, um ihren bisherigen prozentualen Anteil der Parlamentssitze zu behalten.

¹ Zusätzlich kam es durch das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 zu 13 Überhangmandaten, die alle auf die SPD entfielen. Die so zustandegekommene Abgeordnetenzahl von 669 hat sich inzwischen dadurch auf 666 reduziert, dass drei Abgeordnete verstorben bzw. ausgeschieden sind. Bei Überhangmandaten werden diese Mandate durch Nachrücker nicht ersetzt.

2) Insgesamt werden 167 Wahlkreise neu zugeschnitten

In der Folge der Verkleinerung des Bundestages reduziert sich auch die Zahl der Direktwahlkreise von 328 auf 299. Der durchschnittliche Wahlkreis wird künftig 250.000 statt bisher 220.000 Einwohner zählen. Dadurch sowie aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung und den Auswirkungen von Gebietsreformen werden die Grenzen von insgesamt 167 Wahlkreisen neu zugeschnitten.² Damit verbunden sind teilweise markante Veränderungen von Mehrheitsverhältnissen in einigen Wahlkreisen. In etwa 15 neu zugeschnittenen Wahlkreisen würde das Direktmandat zwischen CDU/CSU und SPD wechseln, wenn man das Wahlergebnis von 1998 zugrunde legt. Davon sind ca. 30 Kandidaten betroffen (je zur Hälfte Gewinner und Verlierer).

Darüber hinaus ist insbesondere die PDS vom Neuzuschnitt der Wahlkreise betroffen: Zwei der vier von ihr 1998 gewonnenen Direktmandate können von der PDS mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr gewonnen werden. Daran würde auch eine Wiederholung des Ergebnisses zur Berliner Abgeordnetenhauswahl nichts ändern. Damit entfällt für die PDS die Möglichkeit, durch drei Direktmandate auch einen Stimmenanteil unter fünf Prozent bei der Sitzverteilung angerechnet zu bekommen. Wenn die PDS also die Fünf-Prozent-Hürde verfehlt, wird sie im nächsten Bundestag lediglich mit zwei direkt gewählten Abgeordneten vertreten sein.

3) Mandatsverschiebungen von Ost nach West und Nord nach Süd:

Ausserdem wird im Rahmen der Verkleinerung des Bundestages und des Neuzuschnitts der Wahlkreise auch die notwendige Anpassung an Bevölkerungsverschiebungen vorgenommen. Besonders betroffen sind die neuen

² Die Änderung der Wahlkreise erfolgte in zwei Gesetzen: Im Gesetz zur Neueinteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag (WKNeuG) vom 1. Juli 1998 (in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 1998 Teil 1 Nr. 42, Bonn am 6. Juli 1998, S. 1698-1751) und im 16. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 27. April 2001 (in: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2001 Teil 1 Nr. 19, Bonn am 4. Mai S. 698-750), in dem zusätzlich 75 Wahlkreise neu geschnitten wurden. Das Bundeswahlgesetz legt im Artikel 3 als Maßstäbe für die Wahlkreiseinteilung fest: „1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten. 2. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 25 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 33 1/3 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. 3. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern soll deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. 4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden. 5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.“

Bundesländer: Durch die Verkleinerung des Bundestages fallen dort in etwa so viele Sitze weg wie in den alten Bundesländern, wiewohl in den neuen Bundesländern nur ca. 20% der Wahlberechtigten wohnen. Allein 14 von 29 wegfallenden Wahlkreisen befinden sich in den neuen Bundesländern. Überproportional viele Abgeordnete verlieren Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Im Nord-Süd-Maßstab fallen 19 der 29 Mandate im Norden weg, nur 10 im Süden (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen, Thüringen und Sachsen), wo etwa die Hälfte der Wahlberechtigten wohnt.

Insgesamt verteilt sich die Mandatsreduzierung des Parlaments um 58 Sitze (die Hälfte davon direkt gewählte Abgeordnete) – das ist eine Verkleinerung um 8,8% – unterschiedlich auf die Bundesländer:

	Wahlkreise		Prozent
	neu 2002	alt 1998	
Bremen	2	(3)	-33,3%
Sachsen-Anhalt	10	(13)	-23,1%
Mecklenburg-Vorpommern	7	(9)	-22,3%
Saarland	4	(5)	-20,0%
Sachsen	17	(21)	-19,4%
Brandenburg	10	(12)	-16,7%
Thüringen	10	(12)	-16,6%
Hamburg	6	(7)	-14,3%
Nordrhein-Westfalen	64	(71)	-9,8%
Berlin	12	(13)	-7,7%

Niedersachsen	29	(31)	-6,5%
Rheinland-Pfalz	15	(16)	-6,2%
Hessen	21	(22)	-4,5%
Bayern	44	(45)	-2,2%
Baden-Württemberg	37	(37)	+0%
Schleswig-Holstein	11	(11)	+0

4) Etwa 80 bisher relativ sichere Listenplätze werden unsicher

Die Verkleinerung des Bundestages hat spürbare Auswirkungen auf die Landeslisten. In der Regel werden jeweils ein bis zwei bisher als sicher angesehene Listenplätze bei der Wahl 2002 zu unsicheren Listenplätzen. Dies betrifft ca. 80 Kandidaten in allen Parteien zusammen.

Insbesondere die kleinen Parteien FDP, Grüne und PDS sind von dieser Veränderung bei den Landeslisten betroffen, denn für ihre Kandidaten gibt es nicht den Weg über Direktmandate (abgesehen von der PDS in Ostberlin). Die kleinen Parteien haben bisher schon wenige Abgeordnete gerade aus kleineren Bundesländern ins Parlament entsandt, so dass eine Reduzierung der Zahl nun auch prominente Parlamentarier betreffen könnte.

Hier ist auch an das „Bremen/Saarland-Phänomen“ zu erinnern. Selbst wenn eine Partei z. B. im kleinen Bundesland Bremen prozentual deutlich die Fünf-Prozent-Grenze übersteigt, bedeutet dies noch nicht, dass sie einen Abgeordneten in den Bundestag entsenden darf. Die Zahl der absoluten Stimmen bestimmt die Mandatsverteilung. Dadurch sind große Bundesländer gegenüber kleinen Bundesländern im Vorteil. So errangen die Grünen in Bremen bei der letzten Wahl trotz 11,3 Prozent wegen der dahinterstehenden relativ geringen absoluten Stimmzahl nur ein Mandat. Im Saarland erhielt die FDP 1998 trotz 4,7 Prozent und über 30.000 Stimmen kein Bundestagsmandat. Dagegen zog ein Brandenburger

Liberaler in den Bundestag ein, obwohl die FDP dort gerade einmal 2,8 Prozent holte. Dies gelang ihm deshalb, weil er mit 44.000 Wählerstimmen deutlich über dem absoluten FDP-Ergebnis im Saarland lag. Von diesen Auswirkungen des Wahlrechts können die Parteien auch in den kleinen Bundesländern Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern betroffen sein.³

5) Die unmittelbare Nachkriegsgeneration tritt ab

Bereits jetzt ist von mehr als 80 Abgeordneten aller Parteien bekannt, dass sie nicht wieder kandidieren. Die Generation derer, die im Nachkriegsdeutschland der 50er Jahre politisch erwachsen wurde und die letzten 25 Jahre politisch geprägt hat, tritt fast vollständig ab.

Zu den ausscheidenden Abgeordneten gehören neben Helmut Kohl eine ganze Reihe früherer Minister und Abgeordnete, die der Parlamentsarbeit in den letzten Jahren ihren Stempel aufgedrückt haben, darunter Theo Waigel, Norbert Blüm, Friedrich Bohl, Anke Fuchs, Heiner Geißler, Klaus Kinkel, Karl Lamers, Christian Schwarz-Schilling, Rudolf Seiters, Carl-Dieter Spranger, Irmgard (Adam)-Schwaetzer und Rita Süßmuth.⁴

Mit wenigen Ausnahmen werden 2002 fast alle Politiker aus dem Bundestag ausgeschieden sein, die die deutsche Einheit entscheidend gestaltet haben. Dies gilt um so mehr, als sich auch die Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer,

In der etwas komplizierten Sprache des Bundeswahlgesetzes (Artikel 6) wird das Verfahren der Wahl nach Landeslisten so beschrieben: „Für die Verteilung der nach Landeslisten zu besetzenden Sitze werden die für jede Landesliste abgegebenen Zweitstimmen zusammengezählt ... Von der Gesamtzahl der Abgeordneten wird die Zahl der erfolgreichen Wahlkreisbewerber abgezogen ... Verbleibende Sitze werden auf die Landeslisten wie folgt verteilt: Die Gesamtzahl der verbleibenden Sitze, vervielfacht mit der Zahl der Zweitstimmen, die eine Landesliste im Wahlgebiet erhalten hat, wird durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller zu berücksichtigenden Landeslisten geteilt. Jede Landesliste erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Danach zu vergebende Sitze sind den Landeslisten in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach Satz 2 ergeben, zuzuteilen ... Von der für jede Landesliste so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei in den Wahlkreisen des Landes errungenen Sitze abgerechnet. Die restlichen Sitze werden aus der Landesliste in der dort festgelegten Reihenfolge besetzt.“

⁴ Aus der Generation derer, die in der nächsten Legislaturperiode das 70. Lebensjahr erreichen, kandidieren lediglich wieder Otto Schily (SPD, Jg. 1932), Heinz Riesenhuber (CDU, Jg. 1935), Heinrich Fink (PDS, Jg. 1935), Inge Wettig-Danielmeier (SPD, Jg. 1936) sowie eventuell Gustav-Adolf Schur (PDS, Jg. 1931), Helmut Lippelt (Grüne, Jg. 1932), Hanna Wolf (SPD, Jg. 1936) und Peter Zunkley (SPD, Jg. 1936).

Sabine Bergmann-Pohl entschlossen hat, nicht erneut anzutreten. Insgesamt ist zehn Jahre nach der ersten gesamtdeutschen Wahl die erste Generation der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern deutlich reduziert: Von ursprünglich 140 im Jahr 1990 gewählten Abgeordneten aus den neuen Bundesländern werden nach 2002 schon wegen des Verzichts auf neue Kandidaturen höchstens 46 noch dem Parlament angehören. Je nach Wahlergebnis werden es noch weniger sein.

II. Zur Situation in den Parteien

Vor diesem Hintergrund fasst die folgende Übersicht, die wegen der sich ständig im Fluss befindenden Kandidatenentwicklung nur vorläufig sein kann und deshalb unvollständig bleiben muss, die Situation der Kandidatenentwicklung in den einzelnen Parteien zusammen. Endgültig werden die Kandidatenaufstellungen und die Entscheidungen über die Landeslisten im Mai 2002 abgeschlossen sein.

1) Kandidatenentwicklung in der CDU/CSU

In der CDU/CSU zeichnet sich durch Verzicht auf erneute Kandidaturen 2002 ein besonders spürbarer Generationenwechsel ab, der rund ein Viertel der Unions-Fraktion betrifft und viele prominente Abgeordnete einschliesst. Zur Zeit ist von folgenden Unions-Abgeordneten bekannt, dass sie 2002 nicht erneut kandidieren werden:

Baden-Württemberg

Dr. Paul Laufs, Meinrad Belle, Anton Pfeifer, Siegfried Hornung, Prof. Dr. Wolfgang v. Stetten, Erika Reinhard, Elmar Müller (Kirchheim)

Bayern

Dr. Theodor Waigel, Carl-Dieter Spranger, Hansgeorg Hauser, Benno Zierer

Berlin

Dr. Sabine Bergmann-Pohl

Hamburg

Gunnar Uldall, Birgit Schnieber-Jastram

Hessen

Friedrich Bohl, Hannelore Rönsch, Christian Schwarz-Schilling, Adolf Roth

Niedersachsen

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, Dr. Dietmar Kansy, Marlies Pretzlaff, Prof. Dr. Erika Schuchardt, Dr. Rudolf Seiters, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Reinhard Frhr. von Schorlemer, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein

Nordrhein-Westfalen

Prof. Dr. Joseph-Theodor Blank, Dr. Heribert Blens, Dr. Nobert Blüm, Renate Diemers, Horst Günther, Karl Lamers, Wolfgang Lohmann, Julius Louven, Meinolf Michels, Friedhelm Ost, Heinz Schemken, Hans-Peter Schmitz, Prof. Wolfgang Schulhoff, Bernd Wilz, Renate Diemers

Rheinland-Pfalz

Dr. Helmut Kohl, Heiner Geißler, Hans-Jürgen Doss, Susanne Tiemann, Hans-Otto Wilhelm, Karl-Heinz Scherhag

Sachsen

Hans-Dirk Bierling, Gottfried Haschke, Georg Janovsky, Dr. Joachim Schmidt

Schleswig-Holstein

Peter-Kurt Würzbach, Michael von Schmude

Thüringen

Norbert Otto, Manfred Heise, Dr. Harald Kahl

Die Verkleinerung des Bundestages führt auch bei der Union zu einem grösseren Konfliktpotential bei der Listenaufstellung. Eine gewisse Entlastung ergibt sich in einigen Landesverbänden durch das erwähnte Ausscheiden relativ vieler prominenter Politiker, die 1998 sichere Listenplätze innehatten. Jüngere Mandatsinhaber rücken dadurch erfahrungsgemäss in der Liste nach vorne, für neue Kandidaten wird es umso schwieriger, sichere Listenplätze zu ergattern. Sie müssen auf die Wirkungen des üblichen Proporz zwischen Regionen, sozialen Gruppierungen bzw. auf das Frauenquorum der CDU (jeder dritte Listenplatz eine Frau) setzen.

Eng wird es vor allem dort, wo es nur geringe Aussicht auf sichere Direktmandate gibt und wegen der geringen Grösse des Bundeslandes durch die Verkleinerung des

Bundestags noch weniger sichere Listenplätze zu vergeben sind als bisher. Das gilt aus Sicht der Union z. B. für Berlin.

2) Kandidatenentwicklung in der SPD

In der SPD ist die Situation zur Zeit noch etwas unübersichtlich. Bisher haben folgende Bundstagsabgeordnete erklärt, dass sie für eine erneute Kandidatur bei den Bundestagswahlen 2002 nicht mehr zur Verfügung stehen:

Baden-Württemberg

Konstanze Wegner, Jürgen Meyer, Siegmar Mosdorf

Bayern

Ulrike Mascher, Hanna Wolf

Berlin

Ingrid Holzhüter

Bremen

Ilse Janz, Konrad Kunick

Hessen

Bernd Reuter, Norbert Wiczorek

Niedersachsen

Detlef von Larcher, Kurt Palis

Nordrhein-Westfalen

Wolf-Michael Catenhusen, Anke Fuchs, Konrad Gilges, Klaus Hasenfratz, Klaus Lennartz, Margot von Renesse, Hans-Eberhard Urbaniak, Wolfgang Weiermann, Anni Brandt-Elsweiler, Helmut Wiczorek, Uwe Jens, Regina Schmidt-Zadel

Schleswig-Holstein

Antje Steen⁵

Die Wahlkreisreduzierung führt bei der SPD zu mehreren – teilweise heftigen – personellen Auseinandersetzungen. So berichtet DIE WELT – 16.08.01 unter dem Titel „Kungeln, kämpfen, kandidieren“: „In Brandenburg fallen zwei von bisher zwölf Wahlkreisen weg. ... Während im Süden der bisherige Abgeordnete verzichtet, kommt es im Norden zu einer Kampfkandidatur. Der Wahlkreis der Abgeordneten Petra Bierwirth (*Wahlkreis 274/Eberswalde-Bernau-Bad Freienwalde*, 46,0%) wird gesplittet. Die Sozialdemokratin will deshalb offenbar ihrem bisherigen „Nachbarn“ Mathias Schubert den Wahlkreis streitig machen.“

Doch nicht nur im Osten wird die Zahl der Wahlkreise reduziert. Frankfurt am Main hat ab 2002 nur noch zwei statt bisher drei Wahlkreise⁶. Gudrun Schaich-Walch (bisher *Wahlkreis Frankfurt II*) und Klaus WieseHügel (*Landesliste Hessen, Listenplatz 2*) gehören dem Bundestag bisher an – und planen, im neuen Wahlkreis Frankfurt I zu kandidieren. IG-Bau-Chef WieseHügel will sich „nicht einfach wegschicken“ lassen. Staatssekretärin Schaich-Walch hat bereits angekündigt: „Das gibt Krieg.“

Benjamin Mickfeld, Ex-Vorsitzender der Jungsozialisten und Mitunterzeichner von „Netzwerk 2010“, tritt nach erfolgloser Kandidatur im Wahlkreis Bochum I im Nachbarwahlkreis Herne-Bochum an. Sein 30jähriger Parteifreund Marco Bülow konnte sich bereits bei der Kandidatenkür im Wahlkreis Dortmund-West durchsetzen.

Zudem kommt für die SPD das Problem, namhafte Kabinettsmitglieder mit aussichtsreichen Kandidaturen abzusichern: Bundesfinanzminister Hans Eichel, Bundesarbeitsminister Walter Riester, Wirtschaftsminister Werner Müller (parteilos) und Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin.

Eichel könnte in seiner Heimatstadt Kassel eine Kandidatur anstreben. Dort würde er auf den langjährigen Parteifreund und Lokalmatador Gerhard Rübenkönig treffen, der den Wahlkreis seit 1994 hält und 1998 mit 48,4 Prozent erfolgreich verteidigt hat.

⁵ Nachfolgerin wird Bettina Hagedorn, stv. Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Ostholstein.

⁶ Der 98er Wahlkreis Frankfurt I geht im Wesentlichen in den neugebildeten Taunus-Wahlkreis über. Die neugebildeten Wahlkreise Frankfurt I und II entsprechen den 98er Wahlkreisen Frankfurt II und III.

Möglich ist allerdings auch, dass Eichel den Listenplatz 1 auf der Landesliste anstrebt.

Bundesarbeitsminister Walter Riester – bislang ebenfalls ohne Mandat – wird eine Bundestagskandidatur im *Wahlkreis 264/Göppingen* – früher *Wahlkreis 167* – antreten. Riester wurde am 16. Oktober 2001 auf einer SPD-Versammlung im Wahlkreis Göppingen ohne Gegenbewerber mit 182 von 187 Stimmen als Kandidat nominiert. Auch Verkehrsminister Kurt Bodewig hat in Neuss bereits einen vakanten Wahlkreis gefunden.

Noch steht nicht fest, ob Werner Müller sich um ein Bundestagsmandat bewerben will. SPD-Generalsekretär Müntefering und Fraktionschef Struck haben ihm zugesagt, prüfen zu wollen, ob er als Parteiloser über die SPD-Landesliste in den Bundestag einziehen könnte. Ferner wurden Müller drei sichere SPD-Wahlkreise angeboten, unter anderem in seiner Heimatstadt Mülheim.

Auch der Wahl-Münchener Nida-Rümelin ist noch ohne Mandat. Sollte er einen Wahlkreis anstreben, würde er mit dem Problem der Wahlkreisreform konfrontiert. Der einzig bisher sichere *SPD-Wahlkreis 203 München-Mitte* ist auf die anderen vier Wahlkreise der bayerischen Landeshauptstadt aufgeteilt worden. Möglich ist jedoch auch, dass Nida-Rümelin für einen vorderen Listenplatz der SPD-Landesliste Bayern vorgeschlagen wird.

Bundesinnenminister Otto Schily soll nach einstimmigem Beschluss des bayerischen SPD-Landesvorstandes als Spitzenkandidat für die bayerische SPD bei den Bundestagswahlen 2002 ins Rennen gehen.

3) Kandidatenentwicklung in der FDP

Nicht mehr für den nächsten Bundestag kandidieren werden bei der FDP nach vorliegenden Informationen die ehemalige Gesundheitsministerin Irmgard Schwaetzer, der Wirtschaftspolitiker Paul Friedhoff sowie der frühere Bundesausenminister Klaus Kinkel.

Der Rückzug Kinkels aus der aktiven Politik verursacht bei den Liberalen im Südwesten gravierende Personalprobleme, denn ihnen fehlt im Stammland der

Liberalen der zugkräftige Name an der Spitze der Landesliste. Walter Döring hat erklärt, dass er nicht für den Bundestag kandidieren will. Damit ist offen, wer der baden-württembergische FDP-Spitzenkandidat bei der kommenden Bundestagswahl sein wird.

Ein Blick auf die gewählten Landeslistenbewerber der FDP bei der Bundestagswahl 1998 zeigt, welche Personen wahrscheinlich wieder für den Bundestag kandidieren werden. Dabei ist davon auszugehen, dass wegen der Parlamentsverkleinerung jeweils ein bis zwei Listenplätze, die 1998 gezogen haben, 2002 wegfallen oder unsicher werden.

<u>Bei der Bundestagswahl 1998 gewählte Landeslistenbewerber der FDP</u>	
---	--

Listenplatz	Vorname, Name
Baden-Württemberg	
1	Dr. Klaus Kinkel
2	Gisela Frick
3	Dr. Helmut Haussmann
4	Ulrich Heinrich
5	Birgit Homburger
6	Ernst Burgbacher
7	Dirk Niebel

Bayern

1	Dr. Maximilian Stadler
2	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
3	Horst Friedrich
4	Ulrich Irmer
5	Hildebrecht Braun

Berlin

1	Dr. Günter Rexrodt
---	--------------------

Brandenburg

1	Jürgen Türk
---	-------------

Bremen

--	-------

Hamburg

1	Rainer Funke
---	--------------

Hessen

1	Dr. Wolfgang Gerhardt
2	Dr. Hermann Otto Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich
3	Dr. Heinrich Kolb
4	Hans-Joachim Otto

Mecklenburg-Vorpommern

--	-------

Niedersachsen

1	Walter Hirche
2	Carl-Ludwig Thiele
3	Hans-Michael Goldmann
4	Ina Lenke

Nordrhein-Westfalen

1	Dr. Guido Westerwelle
2	Jürgen Möllemann
3	Ulrike Flach
4	Paul Friedhoff
5	Dr. Werner Hoyer
6	Jörg van Essen
7	Dr. Irmgard Schwaetzer
8	Detlef Parr
9	Gudrun Kopp
10	Gerhard Schüßler
11	Günther Nolting
12	Ina Albowitz ⁷

Rheinland-Pfalz

1	Rainer Brüderle
2	Dr. Dieter Thomae
3	Marita Sehn

Saarland

--	-------

Sachsen

1	Joachim Günther
2	Klaus Dieter Haupt

Sachsen-Anhalt

1	Cornelia Pieper
---	-----------------

⁷ Nachgerückt für den bei Übernahme des NRW-Landesvorsitzes ausgeschiedenen Jürgen W. Möllemann.

Schleswig-Holstein

1	Jürgen Koppelin
2	Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

Thüringen

1	Dr. Karlheinz Gutmacher
---	-------------------------

Die FDP ist vom Neuzuschnitt der Wahlkreise nicht tangiert, weil sie keine Chance hat, ein Direktmandat zu gewinnen. Hingegen hat die Verkleinerung des zukünftigen Bundestages für die FDP, wie für alle kleinen Parteien, gravierende Auswirkungen. Sie muss einen erheblichen Zuwachs an Zweitstimmen erzielen, wenn sie in der nächsten Legislaturperiode die gleiche Anzahl von Abgeordneten (derzeit 43) in den Deutschen Bundestag entsenden will; denn für die gleiche absolute Stimmzahl wie bei bisherigen Wahlen gibt es künftig weniger Mandate.

Bei der nächsten Bundestagswahl könnte die FDP insbesondere in den neuen Bundesländern leer ausgehen, wenn es ihr nicht gelingt, die absolute Zahl ihrer Wählerstimmen bedeutend zu steigern. So ist schon jetzt kein FDP-Abgeordneter aus Mecklenburg-Vorpommern im Bundestag. Sachsen entsendet lediglich zwei FDP-Abgeordnete in den Bundestag. In Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen erlangte die FDP 1998 nur je ein Mandat. Gerade diese Mandate stehen jetzt auf der Kippe, weil sie der FDP äusserst knapp zufielen. Die FDP, die im Osten in keinem Landtag vertreten ist, kämpft in den Neuen Bundesländern buchstäblich ums Überleben.

4) Kandidatenentwicklung bei den Grünen

Insbesondere bei Bündnis 90/Die Grünen wird ein heftiges Gerangel um die Kandidatenaufstellung für die Wahl 2002 erwartet. Es geht dabei nicht um für die Grünen nicht erreichbare Direktmandate, sondern um jene Abgeordneten, die über die Positionierung auf den Landeslisten in den Bundestag einziehen. Durch die Verkleinerung des Bundestages gibt es für die gleiche absolute Stimmzahl wie 1998 bei der Wahl 2002 weniger Mandate. Brennpunkte der Auseinandersetzung könnten Berlin und Baden-Württemberg werden, wo sich prominente Grüne Sorgen um einen

aussichtsreichen Listenplatz machen müssen. Verschärfend kommt die Frauenquote hinzu, nach der mindestens jeder zweite Listenplatz mit Frauen zu besetzen ist.

Ein Blick auf die endgültig gewählten Landeslistenbewerber der Grünen bei den Bundestagswahlen 1998 zeigt, wo mögliche Brennpunkte der Auseinandersetzung entstehen könnten. Dabei ist davon auszugehen, dass durch die Parlamentsverkleinerung jeweils ein bis zwei Listenplätze, die 1998 gezogen haben, 2002 wegfallen oder unsicher werden.

Bei der Bundestagswahl 1998 gewählte Landeslistenbewerber Bündnis 90/Die Grünen

Listenplatz	Vorname, Name
-------------	---------------

Baden-Württemberg

1	Dr. Ursula Eid
2	Rezzo Schlauch
3	Rita Griebhaber
4	Winfried Hermann
5	Monika Knoche
6	Cem Özdemir
7	Angelika Köster-Loßack
8	Oswald Metzger

Bayern

1	Christine Scheel
2	Albert Schmidt
3	Claudia Roth
4	Hans-Josef Fell
5	Ekin Deligöz
6	Helmut Wilhelm

Berlin

1	Andrea Fischer
2	Hans-Christian Ströbele
3	Franziska Eichstädt-Bohlig

Brandenburg

1	Sylvia Ingeborg Voß
---	---------------------

Bremen

1	Marieluise Beck
---	-----------------

Hamburg

1	Kristin Heyne
---	---------------

Hessen

1	Dr. Antje Vollmer
2	Joseph Fischer
3	Margareta Wolf
4	Matthias Berninger

Mecklenburg-Vorpommern

--	-------

Niedersachsen

1	Gisela Altmann
2	Jürgen Trittin
3	Dr. Thea Dückert
4	Dr. Helmut Lippelt

Nordrhein- Westfalen

1	Kerstin Müller
2	Ludger Peter Volmer
3	Christa Maria Sibilla Nickels
4	Dr. Reinhard Loske
5	Simone Jessica Probst
6	Volker Beck
7	Annelie Buntenbach
8	Winfried Maria Nachtwei
9	Michaele Hustedt
10	Christian Simmert
11	Irmingard Schewe-Gerigk

Rheinland-Pfalz

1	Ulrike Höfken-Deipenbrock
2	Christian Sterzing

Saarland

--	-------

Sachsen

1	Antje Sina Elisabeth Hermenau
2	Werner Schulz

Sachsen-Anhalt

1	Steffi Lemke
---	--------------

Schleswig-Holstein

1	Angelika Beer
2	Klaus Wolfgang Müller
3	Grutje Bettin

Thüringen

1	Katrin Göring-Eckhardt
---	------------------------

Bei Bündnis 90/Die Grünen bewerben sich nach derzeitigem Stand alle Abgeordneten ein weiteres Mal. Eine Ausnahme könnte möglicherweise der Aussenpolitiker Helmut Lippelt sein, der im Wahljahr siebzig Jahre alt wird.

Während der Parteivorsitzende Fritz Kuhn schon länger erklärt hat, für den Bundestag zu kandidieren und in Heidelberg antritt, hat sich seine Kollegin Claudia Roth erst vor kurzem entschieden. Auf dem Parteitag in Stuttgart hatte sie sich noch für eine Trennung von Amt und Mandat ausgesprochen, erklärte aber jetzt, sie verbinde ihre „Kandidatur nicht mit einer Satzungsfrage. Das ist keine Kampfkandidatur gegen das Grünen-Statut“.⁸ Frau Roth will in Augsburg antreten.

Schwierigkeiten bereitet die Frauenquote vor allem in Baden-Württemberg. So reichte ein Stimmenanteil von 9,2 Prozent bei den Bundestagswahlen 1998, um vier Männer von Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag zu entsenden (Rezzo Schlauch, Winfried Hermann, Cem Özdemir und Oswald Metzger). Wird das Wahlergebnis nicht besser, fällt der vierte Mann durch. Die Konkurrenz um die verbleibenden drei Plätze wird sich unter den männlichen Bewerbern noch erhöhen, weil sich Parteichef Kuhn entschlossen hat, ebenfalls für den Bundestag zu kandidieren. Neben Kuhn und Schlauch bliebe dann nur noch ein sicherer Männerplatz. Ein aussichtsreicher Listenplatz wäre somit nur noch entweder für Özdemir, Metzger oder Hermann möglich.

In Berlin machen sich dagegen die Frauen um die ihnen nach der Quote zustehenden Listenplätze Konkurrenz. Bisher im Bundestag arbeiten die Ex-Gesundheitsministerin Andrea Fischer und die wohnungs- und baupolitische Sprecherin Franziska Eichstädt-Bohlig. Konkurrenz um die beiden sicheren Frauenplätze könnte von

⁸ Augsburger Zeitung, 18.10.2001.

Verbraucherministerin Renate Künast kommen, die als Ex-Fraktionschefin im Abgeordnetenhaus und ehemalige Parteisprecherin über guten Rückhalt an der Basis verfügt. Der Parteilinke Christian Ströbele scheint hingegen für den sicheren „Männerplatz“ ungefährdet.

Auch der frühere Bürgerrechtler Werner Schulz könnte in Sachsen ein Opfer der Frauenquote werden. Bei der letzten Bundestagswahl stand er nur auf Platz zwei, einem nunmehr unsicheren Listenplatz.

In Hessen wollen Antje Vollmer, Joschka Fischer, Margarete Wolf und Matthias Berninger wieder kandidieren. Offenbar auch in dieser Reihenfolge, was Matthias Berninger gefährden könnte.

In Nordrhein-Westfalen sind die Abgeordneten Irmgard Schewe-Gerigk und Michael Hustedt bedroht. Kaum Wahlchancen dürfte auch die Ausländerbeauftragte Marieluise Beck in Bremen haben.

Die Verkleinerung des Bundestages könnte für die Grünen bittere Folgen im Osten zeitigen. Schon jetzt sind die Grünen mit je nur einem Abgeordneten aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg vertreten. In Sachsen sind es zwei. Da die Grünen auch in den dortigen Landtagen nicht mehr vertreten sind, drohen durch die reduzierte Mandatszahl wegen der Verkleinerung des Bundestages nun auch die letzten parlamentarischen Verankerungen auszureissen. Voraussichtlich wird es bei den Grünen wohl nur noch für einen Parlamentarier aus Thüringen und Sachsen reichen.

5) Kandidatenentwicklung in der PDS

Die PDS ist im Unterschied zu den anderen kleinen Parteien in doppelter Hinsicht von der Verkleinerung des Bundestages und dem Neuzuschnitt der Wahlkreise betroffen. Wie die anderen Parteien auch, müsste die PDS, um die gleiche Anzahl Abgeordnete in das Parlament zu entsenden, einen erheblichen Zuwachs an Zweitstimmen erhalten. Da die PDS aber auch vier Direktmandate in Berlin gewonnen hat, ist sie auch vom Neuzuschnitt der Wahlkreise beeinträchtigt. Weil die Direktmandate der Partei 1994 dazu verhalfen, auch ohne das Erreichen der Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag einzuziehen, haben sie für die PDS eine besondere Bedeutung.

Von den 36 Abgeordneten der PDS zogen bei der letzten Wahl 32 über die Listen ein, vier wurden direkt gewählt. Von diesen bisher vier gewonnenen Direktmandaten wird die PDS – das Ergebnis von 1998 unterstellt – sicherlich zwei Wahlkreise nicht mehr direkt gewinnen können, einen weiteren mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht. Sicher ist für PDS lediglich der Wahlkreis von Gregor Gysi und der neu geschnittene Wahlkreis Berlin - Lichtenberg - Hohenschönhausen:

Wahlkreis	Ergebnis 1998 Erststimmenvorsprung /Rückstand PDS	Prognose 2002 (auf Basis Ergebnis 1998) Erststimmenvorsprung /Rückstand PDS
Berlin-Marzahn 1998 gewinnt Gregor Gysi (PDS) vor Kerstin Raschke (SPD)	+ 31.656	unverändert
Berlin-Lichtenberg-Hohenschönhausen (wird im Rahmen des Neuzuschnitts neu gebildet)	_____	+ 17.210
Berlin Mitte 1998 gewinnt Petra Pau vor Wolfgang Thierse (SPD)	+ 283	- 48.715
Berlin-Friedrichshain Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost 1998 gewinnt Christa Luft (PDS) gegen Helios Mendiburu (SPD)	+ 14.039	- 18.134
Berlin-Pankow 1998 gewinnt Manfred Müller (PDS) vor Ralf Hillenburg (SPD)	+ 3.293	- 5.562

Auch in den Wahlkreisen, in denen die PDS 1998 ein Direktmandat knapp verfehlt hat, haben sich durch den Wahlkreisneuzuschnitt ihre Aussichten nicht verbessert, sondern teilweise verschlechtert.

Wahlkreis	Ergebnis 1998 Erststimmenvorsprung /Rückstand PDS	Prognose 2002 (auf Basis Ergebnis 1998) Erststimmenvorsprung /Rückstand PDS
Berlin-Treptow Köpenick 1998 gewinnt Siegfried Scheffler (SPD) vor Lothar Bisky (PDS)	- 4.114	unverändert
Rostock 1998 gewinnt Dr. Christine Lucyga (SPD) vor Dr. Wolfgang Methling (PDS)	- 4.283	unverändert
Potsdam-Potsdam-Mittelmark II-Teltow-Fläming II 1998 gewinnt Dr. Emil Schnell (SPD) vor Rolf Kutzmutz (PDS)	- 16.335	- 23.836
Halle 1998 gewinnt Christel Hamewinkel (SPD) vor Roland Claus (PDS)	- 20.487	- 25.833

Die Debatte um die Kandidaten für die Bundestagswahl ist in der PDS zur Zeit noch nicht entbrannt. Offen ist sowohl die Kandidatur von Gregor Gysi, der seit 1990 Direktkandidat des Wahlkreises Berlin-Hellersdorf-Marzahn ist, als auch eine erneute mögliche Kandidatur von Lothar Bisky, der 1998 als Direktkandidat in Berlin-Köpenick-Treptow angetreten war.

Durch die Verkleinerung des Parlaments werden die schon 1998 sichtbaren Konfliktlinien um die Besetzung der Listenplätze als Konflikt zwischen Bundes- und Landespartei neu aufbrechen.

Bei der Wahl 1998 wurden folgende PDS-Abgeordnete über Listenplätze gewählt:

**Bei der Bundestagswahl 1998 gewählte Landeslistenbewerber
der PDS:**

Listenplatz	Vorname, Name
-------------	---------------

Baden-Württemberg

1	Winfried Wolf
---	---------------

Bayern

1	Eva Bulling-Schröter
---	----------------------

Berlin

In Berlin wurden die Bewerber auf den ersten vier Listenplätzen (Gregor Gysi, Christa Luft, Petra Paul und Manfred Müller) direkt gewählt.

Brandenburg

1	Rolf Kutzmutz
2	Maritta Böttcher
3	Monika Balt
4	Wolfgang Gehrcke

Hessen

1	Fred Gebhardt (verstorben)
2	Pia Maier (Nachrücker)

Mecklenburg-Vorpommern

1	Dietmar Bartsch
2	Sabine Jünger
3	Angela Marquardt
4	Heinrich Fink

Niedersachsen

1	Heidi Lippmann-Kasten
---	-----------------------

Nordrhein-Westfalen

1	Ulla Jelpke
2	Ulla Lötzer

Sachsen

1	Gustav Adolf Schur
2	Barbara Höll
3	Heidemarie Lüth
4	Klaus Grehn
5	Evelyn Kenzler
6	Christine Ostrowski
7	Ilja Seifert
8	Christina Schenk

Sachsen-Anhalt

1	Petra Bläss
2	Roland Claus
3	Heidi Knake-Werner
4	Uwe-Jens Rössel
5	Heidemarie Ehlert

Thüringen

1	Ruth Fuchs
2	Gerhard Jüttemann
3	Rosel Neuhäuser
4	Carsten Hübner
5	Kersten Naumann

Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Schleswig Holstein konnten keinen Abgeordneten über die Landesliste in den Bundestag schicken.

Die PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer (Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag) hat im Oktober 2001 bekannt gegeben, dass sie ein Bundestagsmandat beanspruchen wird. Wahrscheinlich wird sich der stellvertretende PDS-Bundesvorsitzende, Dieter Dehm, um ein Bundestagsmandat bewerben.

Auf „Wunsch“ der PDS-Führung mussten 1998 Landesverbände einige Kandidaten auf aussichtsreichen Listenplätzen integrieren, die nicht in den jeweiligen Ländern aktiv sind bzw. waren. Dies waren „Wessis“ (Wolfgang Gehrcke in Brandenburg, Heidi Knake-Werner in Sachsen-Anhalt) und Personen, die aus strategischen Überlegungen für die PDS von Bedeutung waren:

- In Berlin: Manfred Müller, Direktkandidat und Listenplatz in Berlin, aus dem Westen stammender Gewerkschafter
- In Mecklenburg-Vorpommern: Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer (Berlin); Angela Marquardt, nach PDS-Interpretation medientaugliches Bindeglied in die linke autonome Szene (Berlin); Heinrich Fink (Berlin), ehem. Rektor der Humboldt-Universität, steht unter dem Verdacht als IM für das MfS gearbeitet zu haben

- In Sachsen: Klaus Grehn, Präsident des Arbeitslosenverbandes Deutschland, Ilja Seifert, Behindertenverband (Berlin); Christina Schenk (Berlin), Bindeglied in die feministische Szene, kommt von den Grünen und ist bekennende Lesbe.

Inwieweit die PDS auch 2002 die Konzeption der „offenen Listen“ weiter verfolgt, ist unklar. Schon 1998 ist in den Landesverbänden über die „Dominanz“ der Berliner debattiert worden und es zeichnete sich ein starker Widerwille ab, diese „Promis“ zu integrieren, da man in den jeweiligen Landesverbänden genügend qualifizierte Kandidaten hätte. Zumindest fand im Anschluss an die Bundestagswahl eine Debatte statt, in der die tatsächliche Zugkraft von (z.T. parteilosen) Prominenten auf den Listen und in den Wahlkreisen in Abrede gestellt wurde. Und im Vergleich zu 1994 hatte die PDS schon 1998 die Aufstellung prominenter Kandidaten (wie Stefan Heym und Gerhard Zwerenz) weniger intensiv betrieben.

Doch nicht nur gegen Berliner und „Promis“ richtete sich der Widerstand. Die Arbeit und Repräsentation der West-PDSler wird zunehmend kritisch beurteilt, da diese Personen nicht in der Lage sind, die Situation der PDS im Westen zu verbessern. Durch das gewachsene Selbstbewusstsein der Ost-Landesverbände wird es für die Parteiführung schwieriger werden, den Ländern von oben Kandidaten zu verordnen.

Aber auch in den West-Landesverbänden wird es härtere interne Auseinandersetzungen um die Listenplätze geben. 1998 zogen sechs Kandidaten über West-Landeslisten in den Bundestag ein. Da ein Anstieg des Wählerpotentials in den alten Ländern eher unwahrscheinlich ist, werden Strömungs- und Richtungskämpfe um die wenigen sicheren Listenplätze sehr wahrscheinlich. Schon 1998 wurde über die Listenplätze von ehemaligen Grünen, Trotzlisten, Personen aus der Tradition des BWK (Bund westdeutscher Kommunisten) und DKP-Mitgliedern (ehemaligen und jetzigen) heftig gekämpft.